

**Erste Beratung: Erhebliche Mängel bei Auslandsprojekten der Jugendhilfe - Landesjugendamt reaktivieren, Erfolgskontrolle und Transparenz durchsetzen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2708**

**Marco Brunotte, SPD**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Eingabe unseres ehemaligen Landtagskollegen Rudolf Robbert an den Niedersächsischen Landtag, die im Sozialausschuss beraten wurde, hat uns sehr nachdenklich gestimmt. Er hat die Situation deutscher Jugendlicher in einem Auslandsprojekt der Jugendhilfe in Maramures in Rumänien beschrieben. Er hat mit dieser Eingabe eine Diskussion in den Ausschuss gebracht und ein Thema in den Fokus gestellt, das uns sehr nachdenklich gestimmt und den Ausschuss über einen längeren Zeitraum beschäftigt hat.

Experten gehen davon aus, dass bis zu 600 Jugendliche aus Deutschland derzeit in intensiv-sozialpädagogischen Maßnahmen im Ausland sind, wobei das nur eine Schätzung ist. Warum? - Dazu gleich mehr.

Der Kriminologe Professor Dr. Christian Pfeiffer sagte im Rahmen einer Anhörung, die der Sozialausschuss durchgeführt hat, hier zeige sich ein unsäglicher Verschiebeparkplatz, auf dem Jugendliche, die in Deutschland durch alle Raster gefallen seien, ins Ausland verschoben würden, und verband das mit einer deutlichen Kritik an der Qualifikation der Träger, die oftmals mehr als fragwürdig sei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all dies hat uns als SPD-Fraktion dazu bewogen, uns diesem Thema mit einem eigenen Entschließungsantrag zu widmen. Wir haben uns im Sozialausschuss viel Zeit genommen dafür möchte ich den Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle noch einmal danken, um diskutieren zu können, aber auch um zwei Anhörungen durchführen zu können, bei denen Wissenschaftler und Praktiker aus Jugendämtern uns die Thematik nähergebracht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben es hier mit einem dunklen Kapitel der Pädagogik zu tun, in Teilen mit schwarzer Pädagogik. Auslandspädagogik in Rumänien heißt hierzu gibt es diverse Veröffentlichungen des Spiegels sowie von „Monitor“ und anderen Politmagazinen: Minderjährige erledigen Holztransporte, bestellen die Felder oder machen Gartenarbeit. Manche schleppen früh und spät schwere Wassereimer. Vieh und Familien müssen oft aus einem Brunnen versorgt werden. Es gibt zum Teil drakonische Strafmaßnahmen, Schläge, Spott, Beschimpfungen. Es wird eine Glatze geschoren oder mit Psychiatrie gedroht. Unterricht wird nur in Teilen gegeben, obwohl die Kinder und Jugendlichen aus Deutschland der Unterrichtspflicht nachkommen müssten. Es bestanden mehr als einmal erhebliche Zweifel an der Qualifikation der Träger. Und was ist das Ziel dieser Einrichtungen? - Auch das ist teilweise mehr als fragwürdig.

Das gilt nicht für alle Maßnahmen der Auslandspädagogik; das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Es geht hier darum, mit diesen Maßnahmen differenziert umzugehen. Aber es gibt hier Fehlentwicklungen. Eine dieser Fehlentwicklungen ist mangelnde Transparenz. Transparenz setzt Information voraus. Deshalb behandelt unser Entschließungsantrag vier aus unserer Sicht elementare Forderungen:

Die Verpflichtung zur Meldung wollen wir mit einer Bundesratsinitiative durchsetzen. Aktuell kann niemand sagen, wie viele Kinder und Jugendliche aus Deutschland in solchen Maßnahmen sind. Es gibt keine zentrale Meldestelle. Das wird allein durch die Jugendämter geregelt.

Es fehlt an landesweiten Richtlinien zur Durchführung.

Es fehlt an Fach- und Rechtsaufsicht. Wir können uns sehr gut vorstellen, dass das 2007 abgeschaffte Landesjugendamt wieder ein ganz wichtiges Instrument für Niedersachsen sein könnte. (Beifall bei der SPD)

Ferner fehlt finanzielle Transparenz in Bezug auf die Kosten.

Der Jugendhilfeforscher Matthias Witte von der Universität Bielefeld hat ausgeführt: Letztendlich liegt das Problem in der Intransparenz. Es gibt keine zentrale Stelle, bei der sämtliche Informationen zusammenlaufen. Man weiß nicht wirklich etwas über die Qualität der Projekte und der Mitarbeiter sowie über die Situation vor Ort.

Christian Pfeiffer bestätigte in der Anhörung, dass zwei Drittel der Jugendlichen gegen ihren Willen im Ausland sind.

Wie sieht es mit der Wirksamkeit aus? - Es gibt keine ausreichenden Evaluationen, Rückfallstatistiken oder Wirksamkeitsstudien zu Auslandsprojekten. Ich möchte in diesem Zusammenhang den „Betreuungsreport Ausland“ von Dr. Fischer und Dr. Ziegenspeck von der Universität Lüneburg erwähnen. Sie haben sehr deutlich gemacht, dass in dem, was wir als Auslandsprojekte definieren, häufig gar keine Erlebnispädagogik mehr stattfindet. Sie führen aus, bei manchen Projekten sei die Notwendigkeit, diese Projekte im Ausland durchzuführen, verloren gegangen. Vor allem die renommierten Schiffs- und Reiseprojekte sind zurückgegangen. An ihre Stelle treten Standprojekte, die an einem Ort eine familienähnliche Ersatzumgebung schaffen. Aber in diesen Standprojekten kommen erlebnispädagogische Methoden nur noch am Rande vor, sodass sich hier die Frage nach der Wirksamkeit deutlich stellt. Der Deutsche Verein bestätigt, Evaluation von Auslandsprojekten sei wichtig.

Wir als Landtag sind auch gefordert, uns mit den Ursachen dieser Fehlentwicklungen auseinanderzusetzen. Was ist eigentlich los mit Jugendlichen, die sich in diesen Situationen befinden? - Häufig sind die prekäre Lebenssituationen, sozialstrukturelle Belastungsfaktoren, Armut, mangelnde Teilhabe usw. Ursachen delinquenter Karrieren.

Den Kommunen fehlt es häufig an einer vernünftigen finanziellen Ausstattung, um erfolgreiche Jugendarbeit im präventiven Bereich leisten zu können. Auch hierfür braucht es ein Jugendamt auf Landesebene, um Unterstützung zu bieten, aber auch um eine hinreichende Fach- und Rechtsaufsicht zu gewährleisten. (Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen politische Konsequenzen und keine Sonntagsreden. Die Anhörung im Sozialausschuss hat gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Das Jugendamt des Landkreises Celle hat dargestellt, dass es vor Ort in Rumänien war und die Maßnahme sofort beendet hat.

Die Anhörung hat gezeigt, dass unser Antrag auf breite Zustimmung stößt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter begrüßt eine Pflicht zur Meldung an eine zentrale Stelle und hält eine Evaluation von Auslandsprojekten für dringend erforderlich und überfällig.

Die Universität Lüneburg empfiehlt die Entschließung ohne jede Einschränkung und hält die Vorschläge zu einer nachgelagerten Evaluation für substanzial notwendig.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege verspricht sich davon eine stärkere Aufsichtsfunktion des Landes und begrüßt die Initiative zur Wiedereinführung des Landesjugendamtes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Eingabe von Rudolf Robbert ist der Landesregierung zur Erwägung überwiesen worden. Uns würde interessieren, was die Landesregierung seitdem gemacht hat. Wir haben mit großer Einigkeit Kinderrechte in die Niedersächsische Verfassung aufgenommen. Was im Abstrakten richtig war, muss im Konkreten weiterhin richtig bleiben. Von daher kann die Konsequenz nur sein: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Vielen Dank. (Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)